

ANDREAS STERGIOU¹

Der Antikommunismus in Griechenland

Die Geschichte der kommunistischen Bewegung prägte die neugriechische Epoche wie kein anderes politisches und historisches Phänomen im 20. Jahrhundert. Die Kommunistische Partei Griechenlands (*Kommounistikó Kómma Elládas*, KKE) durchlief eine ungewöhnliche Entwicklung. Binnen dreißig Jahren wandelte sie sich seit 1918 von einer Sekte zu einer Massenpartei, nur um danach wieder zu einer Sekte zu degenerieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg fiel sie den Sachzwängen der machtpolitischen Rivalität des Kalten Krieges zum Opfer, als Griechenland in die westliche Einflussphäre eingebunden wurde. Dementsprechend ereilte die Kommunisten das Schicksal des »inneren Feindes«, der zusätzlich die Hypothek eines für die Kommunisten verlorenen Bürgerkrieges zu tragen hatte. Dies drückte sich in einer gnadenlosen Verfolgung der Kommunisten und einer gesellschaftlichen Degradierung aller unter der Kategorie »links« zu subsumierenden Bürger aus, was zur Folge hatte, dass diejenigen, die im Verdacht standen, Kommunisten zu sein, bis in die Siebzigerjahre hinein unter einem Bannstrahl lagen, als hätten sie allein die Verantwortung für die griechische Nachkriegsmisere zu tragen. Dieser Vorwurf war allerdings in mancher Hinsicht berechtigt.

Es ist das Anliegen dieses Aufsatzes aufzuzeigen, inwiefern die innerstaatliche Feinderklärung auf eine reale Bedrohung zurückging, und welche Formen der Antikommunismus in Griechenland im Laufe der Zeit annahm.

Die Entstehung des Kommunismus und Antikommunismus in Griechenland

Die Gründung der KKE geht auf das Jahr 1918 zurück (damals unter dem Parteinamen *Sosialistiko Ergatiko Komma Elladas* (EKE, Sozialistische Arbeiterpartei Griechenlands)). In den Zwanzigerjahren erfolgte die Bolschewisierung der Partei nach den notorischen Richtlinien der Komintern. Dass die Bolschewisierung mit der Ausrichtung der KKE an der Komintern-Politik bezüglich der Mazedonischen Frage einherging, wirkte sich sehr negativ auf die Weiterentwicklung der griechischen kommunistischen Bewegung aus. Denn unter dem Druck der Mazedonien-Politik der Komintern proklamierte die KKE die These der autonomen, unabhängigen Republik Mazedoniens und Thrakiens innerhalb einer Balkanföderation.

¹ Der Verfasser ist den Gutachtern des Aufsatzes für ihre konstruktiven Kommentare zu Dank verpflichtet.

Es handelte sich um jene bekannte Politik der Komintern in den Zwanzigerjahren, die sich mehr oder weniger mit den nationalen Bestrebungen Bulgariens identifizierte. Die bulgarischen Kommunisten, die sich mit Georgi Dimitrov an der Spitze der Komintern eine Schlüsselrolle innerhalb der Organisation gesichert hatten, zwangen die griechischen Kommunisten auf dem V. Weltkongress der Komintern im Juni 1924, sich ihren Forderungen zu beugen. Da aber der griechische Teil Mazedoniens aufgrund der Verträge, die das Erbe des Ersten Weltkriegs regelten und einen Bevölkerungsaustausch zwischen den Balkanländern herbeigeführt hatten, überwiegend griechisch besiedelt war, stieß die Parole »Autonomes Mazedonien« in der griechischen Öffentlichkeit auf völlige Ablehnung. Die KKE geriet in den Verdacht des nationalen Verrats. In der Folge entstand in weiten Kreisen der Bevölkerung, bestärkt durch die Propaganda der Regierung, ein tief verwurzeltes Misstrauen gegenüber den Kommunisten.²

Das Misstrauen schlug in unverhohlene Aggression gegen die Kommunisten um, als die Regierung im Juli 1929 trotz mancher Kritik ein Gesetz verabschiedete, das mit der Bezeichnung *Idionymo* (sui generis-Gesetz) in die neugriechische Geschichte einging. Gemäß den Gesetzesverordnungen konnte nun sowohl jegliche Aufforderung zum gewaltsamen Umsturz als auch die Agitation für die Abtretung von Teilen Griechenlands unter Strafe gestellt werden. Außerdem enthielt das Gesetz einige Bestimmungen, die das offizielle staatliche Verhalten gegenüber den Kommunisten allmählich strukturell prägen sollten. Es sah die Auflösung von kommunistischen Vereinigungen und Vereinen vor und untersagte allen Beamten, Lehrern und Militärs die Mitgliedschaft in kommunistischen Organisationen. Es ist also kaum verwunderlich, dass die KKE zwar einen Anstieg der Mitgliederzahl und etliche Wahlerfolge von den Dreißigerjahren bis zum Zweiten Weltkrieg verzeichnen konnte, über den Status einer politischen Sekte jedoch in jener Zeit nicht hinauskam.³

Dazu trug natürlich auch die Diktatur von General Metaxas (1936 bis 1940) bei, im Zuge derer der Staat die Kommunisten wegen ihres Einflusses auf die Gewerkschaftsbewegung zu Sündenböcken für jegliches sozioökonomisches Übel machte und brutal verfolgte. Das faschistische Regime des Mussolini-Verehrers Metaxas konzipierte und oktroyierte eine militante, primitive, orthodox-fundamentalistische Ideologie. In Übereinstimmung mit der faschistischen Strategie, die eine Homogenisierung der griechischen Gesellschaft von oben vorsah, wurde das kommunistische ideologische Gedankengut als eine im Grunde antihellenistische und wegen ihres klassenkämpferischen theoretischen Ansatzes auch als eine nationsspaltende Ideologie verleumdet.

Das Regime vom 4. August, als das die Metaxas-Diktatur in die griechische Geschichte eingegangen ist, wurde gefürchtet wegen seiner Repressionsmaßnahmen und seines Terrors gegen jede oppositionelle Stimme, worunter in erster Linie die Kommunisten zu leiden hatten. Um die Säuberung der Gesellschaft von Kommunisten zu erreichen, errichtete das

2 Siehe Spyridon Sfetas: *I Diamorfosi tis Slavomakedonikis Taftotitas* [Die Formierung der slavomazedonischen Identität], Thessaloniki 2003, S. 113–131.

3 Siehe Pavlos Nefeloudis: *Stis Piges tis Kakodaimonias. Ta vathitera aitia tis diaspasis tou KKE 1918–1968* [Die Wurzeln der fehlerhaften Entwicklung. Die internen Gründe für die Spaltung der KKE 1918–1968], Athen 1974, S. 53–69.

Regime Konzentrationslager, in die Professoren, Studenten, Journalisten, Beamte und Gewerkschafter wegen »kommunistischer Aktivitäten« eingewiesen wurden. Doch das Regime begnügte sich nicht damit, die Kommunisten einfach einzusperren, sondern unterzog sie einem Umerziehungsprogramm, damit sie sich von ihrer Gesinnung lossagen würden – ein Verfahren, das an die finstersten Praktiken der Inquisition erinnerte. Alle – zuvor meist gefolterten – Inhaftierten wurden aufgefordert, eine schriftliche Reueerklärung zu unterzeichnen, in der sie den Kommunismus und die Kommunistische Partei verdammt und den Diktator Metaxas als den rechtmäßigen Führer Griechenlands anerkannten. In der Folge veröffentlichte das Regime die Reueerklärungen, um die vermeintlichen Renegaten als Ex-Kommunisten zu brandmarken.⁴

Wie in vielen anderen europäischen Ländern veränderte die Okkupation durch Nazi-Deutschland, Italien und Bulgarien die politischen Verhältnisse zugunsten der Kommunisten in Griechenland. Da die überwiegende Mehrheit der langjährigen Politiker die Bereitschaft des Volkes zum Widerstand ignorierte, kollaborierte oder ins Exil ging, übernahmen die Kommunisten zusammen mit wenigen jungen Intellektuellen und einer Anzahl demokratisch-republikanisch gesinnter Offiziere diese Aufgabe. Dies geschah allerdings erst nach dem Angriff der Nationalsozialisten auf die Sowjetunion im Jahre 1941.

Die 1941 ins Leben gerufene politische Organisation Nationale Befreiungsfront (*Elliniko Apeleftherotiko Metopo*, EAM) und die 1942 aus Partisanen aufgestellte Griechische Volksbefreiungsarmee (*Ethnikos Laikos Apeleftherotikos Stratos*, ELAS) wurden organisatorisch und politisch-ideologisch auf der Basis der Nationalfront-Ideologie konzipiert, sodass alle patriotisch gesinnten Griechen ihnen beitreten konnten. Ihre Mitglieder rekrutierten sich aus allen Klassen und Schichten der Gesellschaft. Erwartungsgemäß entwickelte sich die EAM-ELAS so von 1941 bis 1944 zu einer Massenbewegung, die breite Teile der Bevölkerung umfasste (bis zum Ende der Okkupation etwa 1,5 von insgesamt 7,5 Millionen Griechen). Allein die Mitgliederzahl der KKE stieg während der Widerstandszeit auf über 200 000.

Militärische Erfolge und eine radikale politische und soziale Reorganisation der Gesellschaft in den befreiten Gebieten verschafften der EAM eine große Popularität. Diese heterogene politische und militärische Kraft konnte sich jedoch nach der Befreiung des Landes auf keine einheitliche Haltung bezüglich der Staatsform verständigen. Eine Reihe von Faktoren und Ereignissen polarisierte die politische Szene und machte einen gewaltfreien Übergang zu einem stabilen Nachkriegsgriechenland zunichte. Sowohl die griechische Linke als auch die Rechte begaben sich freiwillig unter den Schutz jener fremden Mächte, die von einem Sieg der jeweiligen Seite profitieren würden.

Die vorhandenen Gegensätze, geschürt von der traditionellen Schutzmacht Griechenlands, den Briten, schlugen schnell in tiefe Feindschaft um. Nach einer ersten militärischen Auseinandersetzung im Dezember/Januar 1944/45, in der die Briten massive militärische Kräfte zum Einsatz brachten, um die Schaffung eines *Fait accompli* zugunsten der Kommunisten zu vereiteln, während sich die Sowjets an das Prozent-Abkommen von 1944

⁴ Siehe Heinz Richter: *Megali Idea-Republik-Diktatur* (= Griechenland im 20. Jahrhundert, Bd. 1), Köln 1990, S. 217 f.

zwischen Stalin und Churchill hielten,⁵ bereiteten sich alle Seiten auf einen Showdown in der Machtfrage vor.⁶

Diese sollte in einem blutigen, drei Jahre währenden und verlustreichen Bürgerkrieg (1946 bis 1949) mit mehr als 150 000 Toten entschieden werden, der die Spaltung der griechischen Gesellschaft in Kommunisten und Nichtkommunisten zur Folge hatte. Erst nach einem »Säuberungsfeldzug« der Regierungstruppen vom Süden des Landes aus nach Norden, der im April 1948 begonnen hatte, wurden weite Teile des kommunistischen Heeres Ende August 1949 in der Schlacht im Grammos-Gebirge vernichtet. Die überlebenden Kämpfer der kommunistischen Guerilla-Armee und ihre Familien, insgesamt ungefähr 100 000 Menschen, suchten in Albanien und Bulgarien Zuflucht.⁷ Einige von ihnen gelangten auf ihrer Flüchtlingsodysee in Länder, die tausende Kilometer von ihrer Heimat entfernt lagen. Die Stadt Taschkent, Hauptstadt der damaligen sowjetischen Republik Usbekistan in Zentralasien, wurde dabei zum Sammelbecken der angeschlagenen griechischen Kommunisten. Viele von ihnen sollten ihre Heimat nie wiedersehen. Am 9. Oktober 1949 beschloss das Zentralkomitee der KKE die vorübergehende Einstellung des Kampfes, der von nun an lediglich durch kleine Partisanengruppen als Druckmittel fortgesetzt werden sollte.⁸ Der Ausgang des Bürgerkriegs war jedoch längst entschieden. Im Zuge der *Containment-Policy*, die die Ausweitung der sowjetischen Machtsphäre verhindern sollte, hatten die USA den Ländern Europas und damit auch Griechenland und der Türkei im März bzw. Juni 1947 im Rahmen des Marshallplans und der Truman-Doktrin umfangreiche finanzielle und militärische Hilfe in Aussicht gestellt. Vor allem der Marshallplan, der als Hilfe zur Selbsthilfe gedacht war, bildete ein wichtiges Instrument, um aus dem angeschlagenen Griechenland wieder einen lebensfähigen Staat zu machen. Die Rede war von alternativen Lebensweisen und der Bedrohung der legitimen politischen Ordnung durch Minderheiten sowie vom Kampf gegen Unterdrückung und den Entzug persönlicher Freiheiten.⁹ Seine Leistungen umfassten die Lieferung von Waren, insbesondere Lebensmitteln und Rohstoffen, aber auch die Vergabe von Krediten, die Weitergabe von Know-how und andere Maßnahmen. Bis Ende 1952 wurden dafür insgesamt etwa 14 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt.

Die Truman-Doktrin revolutionierte die US-Außenpolitik, indem sie den traditionellen amerikanischen Isolationismus in den Hintergrund treten ließ und die Vereinigten Staaten zum Kern des sogenannten westlichen Machtblocks machte. Die Entscheidung Washingtons, als Beschützer Griechenlands und der Türkei aufzutreten, prägte maßgeblich die

5 Siehe Vladislav Zubok: *A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev*, North Carolina 2007, S. 20 f.

6 Siehe Hagen Fleischer: *I Periodos tis Katochis* [Die Besatzungszeit] (= *I Istoria toy Ellinikou Ethnous* [Die Geschichte der Griechischen Nation], Bd. 16), Athen 2000, S. 7–57.

7 Siehe *Ethniko Idryma tis Ethnikis Amynis* [Griechisches Nationales Verteidigungsinstitut] (Hg.): *To Chroniko tou Symmoritopolemos* [Der historische Abriss des Banditenkriegs], Athen 1978/79, S. 120–145.

8 ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands – KKE (Hg.): *Episima Keimena tou KKE* [Die offiziellen Dokumente der KPGr], Athen 1995, S. 13–19.

9 Siehe Lawrence Wittner: *American Intervention in Greece, 1943–49*, New York 1982, S. 79–95 und Gordon Barras: *The Great Cold War*, Stanford, California 2009, S. 51 f.

Nachkriegsgeschichte beider Länder. Sie stellte die Weichen für die Modernisierung Griechenlands nach westlichem Vorbild und seine intensiven Beziehungen mit dem Westen in den folgenden Jahrzehnten. Obwohl die sogenannte Domino-Theorie erst viel später im Pentagon ausgearbeitet wurde, spielten damals ähnliche Sicherheitsüberlegungen bei der amerikanischen Griechenland-Politik eine herausragende Rolle. Daran ließ die Hilfe, die die griechischen Rebellen aus dem Norden, von Rückzugs- und Trainingsmöglichkeiten auf jugoslawischem Boden bis hin zu Waffenlieferungen und Operationsbasen jenseits der griechischen Grenze erhielten, keinen Zweifel.¹⁰ Diejenigen Länder des Balkans, die nicht den resoluten Schutz der USA genossen, gerieten nun erstmals in die sowjetische Einfluss-sphäre und erfuhren im Großen und Ganzen das gleiche Schicksal wie die übrigen kommunistischen Staaten Osteuropas.

Die Traumata der Jahre zwischen 1941 und 1949 warfen einen permanenten Schatten auf die Entwicklung des Kommunismus in Griechenland. Sowohl während der Okkupation, der glorreichen Periode der griechischen Linken, als auch im Laufe des Bürgerkriegs, verübten die Kommunisten Taten, die ihrem Ruf in bestimmten Teilen der griechischen Gesellschaft massiv schadeten. Dabei machte es keinen Unterschied, dass diesen Verbrechen mehrmals ähnliche Aktionen seitens der Rechten vorausgingen bzw. davon begleitet wurden. So schalteten sie z. B. alle nicht-kommunistisch gesinnten Widerstandsorganisationen aus oder nahmen Tausende unschuldiger Menschen als Geiseln. Die teils gewaltsame Deportation, teils freiwillige Verbringung von Kindern in die Länder des Ostblocks trug ebenfalls nicht dazu bei, den Kommunisten Popularität zu verschaffen.¹¹

Eine der heikelsten Fragen des Bürgerkriegs betraf die Hilfe, die die Ostblockstaaten den linken Partisanen zukommen ließen. Zu den Unterstützern zählten hauptsächlich Jugoslawien und Bulgarien aber auch Albanien und die DDR.¹² Das Paktieren der griechischen Kommunisten mit ihren Genossen in den Nachbarländern brachte ihnen weit weniger militärischen Nutzen als politischen Schaden, denn viele Griechen erinnerte es daran, dass die slawischen Nachbarn immer wieder Ansprüche auf nordgriechische Gebiete erhoben hatten. Dies wiederum machte die griechischen Kommunisten bei den griechischen Patrioten zum Trojanischen Pferd der slawischen Aggressoren.¹³

Während des Bürgerkriegs stand die griechische Frage mehrmals auf der Tagesordnung der UNO. Zu Beginn war es die Sowjetunion, die eine Beschwerde hinsichtlich der Einmischung der Briten in die griechischen Angelegenheiten einlegte, später tat es ihr die griechische Re-

10 Siehe Christopher Woodhouse: *The Struggle for Greece*, London 1976, S. 187 f.

11 Siehe Andreas Stergiou: *Im Spagat zwischen Solidarität und Realpolitik. Die Beziehungen zwischen der DDR und Griechenland und das Verhältnis der SED zur KKE* (= Monographien-Reihe Peleus, Bd. 13), Mannheim-Möhnesee 2001, S. 30–48.

12 Siehe die Archive des Generalstabs der griechischen Armee: Geniko Epiteleio Stratou – Diefthinsi Istorias Stratou [Nationaler Verteidigungsstab – Geschichtsabteilung der Armee] (Hg.): *Archeia Emfilioi Polemou 1946–1949* [Archive des Griechischen Bürgerkriegs], Bd. 9, Athen 1998, S. 428–438 und 440–452; Bd. 12, S. 124 f.; Bd. 16, S. 155–159 und Stergiou: *Im Spagat* (Anm. 11), S. 30–39.

13 Siehe Despoina Papadimitriou: *Apo to Lao ton Ethnikokofronon sto ethnos ton Ethnikokofronon* [Vom Volk der national Gesinnten zur Nation der national Gesinnten], Athen 2006, S. 216–219.

gierung gleich, die die sozialistischen Länder der Rückendeckung der Partisanen bezichtigte. Alle betroffenen Länder wiesen die jeweils erhobenen Vorwürfe zurück und die Vollversammlung nahm den Bericht des UN-Sonderausschusses für den Balkan (*United Nations Special Committee on the Balkans*, UNSCOB) an. Dieser Sonderausschuss war ein Jahr zuvor, am 21. Oktober 1947, aufgrund der Resolution 109 (II) von einer stark pro-westlichen Koalition in der UNO eingesetzt worden, um in den Streitigkeiten zwischen Griechenland und seinen Nachbarn zu vermitteln.¹⁴

Antikommunistische Ressentiments in der griechischen Bevölkerung verursachten eine weitere Aktion der Partisanen im Bürgerkrieg:¹⁵ In der Dezemberausgabe 1948 der Monatszeitschrift der Partisanenarmee wurde überraschend verkündet, dass die slawophonen Mazedonier nach einem Sieg auf eine staatliche Autonomie im Norden Griechenlands hoffen dürften. Dieses Wagnis, das im Einklang mit der Politik des Informationsbüros stand, zielte ebenfalls darauf, die Mobilisierung von Slawophonen zu forcieren und ihre Kampfmotivation zu steigern. Das kurz darauf folgende fünfte Plenum der KKE verdeutlichte diesen Kurs und unterstützte den Anspruch »des mazedonischen Volkes auf seine nationale Wiederherstellung«.¹⁶ Die Regierung in Athen verfügte daraufhin, fortan gegen jedes eingeschriebene Mitglied der KKE Anklage wegen Hochverrats zu erheben.¹⁷

Hilfe erhielt die griechische kommunistische Partei auch vom Kominform. Im Januar 1948 wurde innerhalb des Kominforms beschlossen, ein Sendezentrum zu errichten, das die geheime gegenseitige Verbindung zwischen allen an den Tagungen teilnehmenden kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Partei Russlands sowie die Rundfunkpropaganda für die Staaten Westeuropas gewährleisten sollte. Aus demselben Grund wurde die in Moskau im Juli 1947 und damit noch vor dem Kominform gegründete Rundfunkstation »Freies Griechenland« Anfang 1949 nach Bukarest, ins Sendezentrum des Kominforms verlegt. Der Rundfunk erfüllte seine Funktion auch nach dem Ende des Bürgerkriegs. Seine Hauptaufgabe bestand nun darin, die Umstellung der KKE auf die neue illegale Taktik in Griechenland voranzutreiben.¹⁸ Dies bereitete zusammen mit anderen Handlungen der Kommunistischen Partei Griechenlands im Exil den Nährboden für das innerstaatliche Feindbild und den völligen Ausschluss der Kommunisten vom politischen und wirtschaftlichen Ge-

14 Yearbook of the United Nations 1947–48, S. 298–352 und dass., 1948–1949, S. 238–256 sowie dass., 1950, S. 375–381.

15 Vasilis Gounaris: *To Makedoniko Zitima apo ton 19o eos ton 20o aiona* [Die Mazedonische Frage vom 19. bis zum 21. Jahrhundert], Athen 2010, S. 68, 81 f.

16 *Episima Keimena tou KKE* [Offizielle Dokumente der KKE], Bd. 6, Athen 1995, S. 337 f.

17 Aus diesem Grund ist etlichen slawophonen Partisanen, die sich zudem im Zweiten Weltkrieg den bulgarischen oder deutschen Besatzern angeschlossen hatten bzw. ihren heute noch in Osteuropa oder in der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien lebenden Nachkommen die Rückkehr nicht erlaubt. Andere mussten bis vor Kurzem an der Grenze ein Formular ausfüllen, das nach der ethnischen Zugehörigkeit fragte, wenn sie die alte Heimat im griechischen Mazedonien besuchen wollten. Wer sich zu einer mazedonischen Identität bekannte, musste »draußen« bleiben.

18 Siehe Grant Adibekov: *Das Kominform und Stalins Neuordnung Europas*, Frankfurt a. M. u. a. 2002, S. 269–271.

schehen. Dazu gehörten Spionageaktivitäten gegen den griechischen Staat¹⁹ oder die illegale politische, propagandistische Arbeit der Kader, welche über die DDR und Frankreich nach Griechenland geschickt wurden.²⁰

Die Institutionalisierung des Antikommunismus und die schwere Hypothek des Bürgerkriegs

Das Ende des Bürgerkriegs im Herbst 1949 markierte in Griechenland den Anfang eines Prozesses, der politologisch als der Aufbau eines repressiven Staats gegen die Verlierer des Kriegs bezeichnet werden kann. Das politische Leben war völlig vergiftet. Die Jagd nicht nur auf die Kommunisten, sondern auch auf diejenigen Liberalen, die das Wort Demokratie ernst nahmen, wurde zur Staatsdoktrin erhoben. Auf dem Land beherrschten die nationalen Sicherheitsbrigaden (*Tagmata Ethnikis Asfaleia*), d. h. die aus dem Bürgerkrieg übrig gebliebenen bewaffneten Zivilmilizen, das Feld. Sie unterdrückten jede Opposition und indoktrinierten die bäuerliche Bevölkerung im Sinne eines primitiven Antikommunismus. In den Städten bildeten sich in Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden die sogenannten parastaatlichen Organisationen (*parakratikes organosis*), Terrorgruppen, die besonders bei Wahlkämpfen zum Einsatz kamen. Die Kommunisten und alle, die als Kommunisten oder »getarnte Kommunisten« (*Kryptokommounistes*) abgestempelt worden waren oder immer noch wurden, degradierte man zu Bürgern zweiter Klasse. Die Kommunistische Partei trug zur »Legitimierung« dieser Situation erheblich bei, konservierte sie doch die Bürgerkriegsatmosphäre vom Ausland aus, indem sie mit Parolen wie »Gewehr bei Fuß« willkommene propagandistische und ideologische Munition lieferte.²¹

Die Rückkehr der alten politischen Elite an die Macht wurde vom Versuch begleitet, den noch vorhandenen linken Einfluss in den Gewerkschaften und in den sozialen Brennpunkten einzudämmen. Dieses Gewaltmonopol wurde durch die willkürliche Umdeutung der Begriffe Nation und Demokratie legitimiert und rechtlich durch die administrative Verfolgung der »verdächtigen Bürger« institutionalisiert, bzw. durch die Einführung einer »Nebenverfassung«, die dem Machtmissbrauch gegen Andersdenkende Tür und Tor öffnete.

Eine Reihe antikommunistischer Handlungsanweisungen nahm juristische Gestalt an: Mit dem Notgesetz 375 von 1952 wurde ein gesetzliches Arsenal ergänzt, das bereits während des Bürgerkriegs entwickelt worden war und ebenfalls den Dritten Beschluss von 1946 und das

19 Die Auswertung kürzlich zugänglich gemachten Materials aus den Archiven des Ostblocks lässt auf eine konsequente Spionagepraxis der Ostblockstaaten in Bezug auf Griechenland während und nach dem griechischen Bürgerkrieg schließen. Siehe dazu Lukasz Kaminski u. a. (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, München 2009, S. 149–152; Oi Kokkinoi Kataskopoi [Die Roten Agenten], in: To Vima vom 6. September 2009, Veröffentlichung von Archivalien der Klement Gottwald-Sammlung in Prag.

20 Archeio Synchronis Koinonikis Istorias/Archiv für Moderne Sozialgeschichte in Athen: Archivbereich 127 (Korrespondenz zwischen KKE und SED), Mappe 7/14/1.

21 Siehe Ilias Giannakakis: Ta Opla para Poda. I Egkatasiasi ton Prosfigon stis sosialistikes Chores [Gewehr bei Fuß. Die Ansiedlung der politischen Emigranten in den sozialistischen Ländern], in: Nikos Maratzidis: To Oplo para Poda [Gewehr bei Fuß], Thessaloniki 2005, S. 3–18.

Notgesetz 509 vom Dezember 1947 beinhaltete. Aufgrund dieser drei Gesetze wurden alle kommunistischen oder kommunistisch gesinnten Organisationen für illegal erklärt, die von der offiziellen nationalen Rhetorik als »antinational« gebrandmarkte kommunistische Tätigkeit kriminalisiert und die Mitglieder der Kommunistischen Partei zu Spionen im Dienste der Volksdemokratien erklärt.²²

Zur Legitimierung dieses demokratiewidrigen Vorgehens des Staates gegen den Kommunismus wurde ein neuer staatlicher Diskurs eingeführt, der zur Teilung der Gesellschaft in zwei Lager, Kommunisten und Patrioten, genutzt wurde. Hauptkomponente des neuen von den Justiz-, Bildungs- und Armeeeinstitutionen vollständig kontrollierten politischen Diskurses stellte die nicht immer realitätsferne Theorie dar, der innere Feind, die Kommunisten, bereite sich auf eine neue Kriegsrunde vor, versuche die staatlichen Institutionen von Innen zu infiltrieren, um die Verteidigungspläne des griechischen Staates zu ergründen, sodass zum Zeitpunkt der nächsten Machtergreifung kein Widerstand geleistet werden könnte. Jeglicher Kunst- oder intellektuellen Ausdrucksform, die auf ein positives Bild des griechischen oder des Weltkommunismus hindeutete, wurde die Absicht unterstellt, die Naivität des Volkes mit falschen Versprechungen auszunutzen, es damit der Kommunistischen Partei als Anhänger zuzuführen und die Realisierung der umstürzlerischen Pläne der Kommunistischen Partei zu unterstützen.²³

Zu den strukturellen Komponenten der offiziellen politischen Linie gehörte ein neu konzipierter Begriff, die sogenannte *Ethnikophrosyni* (die nationale Denkweise und die Hinwendung zur Nation). Anhänger des Kommunismus entzogen sich nach der nationalen Rhetorik von vornherein den von der *Ethnikophrosyni* abgeleiteten Tugenden, denn sie seien Handlanger der Sowjetunion und der benachbarten Volksdemokratien gewesen, eine Armee von Verschwörern, bereit, Teile des nationalen Bodens an diese Länder zu veräußern. Die nationalistische Rhetorik ging so weit, die griechische Variante des Kommunismus als einen ideologisch verkleideten Expansionismus der slawischen Nachbarländer zu deuten. Diesbezüglich spielte allerdings der Umstand, dass bulgarische Truppen im Zweiten Weltkrieg weite Teile Griechenlands besetzt hatten, eine wesentliche Rolle. Damit erreichten die Machteliten eine politisch gewollte Synonymisierung und Dämonisierung der Begriffe Slawentum, Bulgarentum und Kommunismus.²⁴

Dienstausschüsse, die schnell zu einer Art Loyalitätsausschuss degenerierten, übernahmen die Umsetzung dieser ideologischen Prinzipien im öffentlichen Dienst, der von national verdächtigen Staatsdienern gesäubert wurde. Ad hoc erstellte Polizeiakten zu diesen Bürgern gewährleisteten den permanenten Ausschluss aus dem Staatsapparat und betraf auch deren Nachkommen und Verwandte.²⁵

22 Siehe Nikos Alivizatos: *Oi politikoi Thesmoi se krisi 1922–1974* [Die politischen Institutionen in der Krise], 3. Aufl. Athen 1995, S. 495–554.

23 Siehe Theodoros Lagaris: *Innerer Feind, Nation und Demokratie. Zum Legitimationsprozess in Griechenland nach dem Bürgerkrieg*, Baden-Baden 2000, S. 250–260.

24 Siehe Ioannis Stefanidis: *Stirring the Greek Nation. Political Culture, Irredentism and Anti-Americanism in Post-War Greece, 1945–1967*, Hampshire 2007, S. 29–32.

25 Siehe Alivizatos: *Oi politikoi Thesmoi* (Anm. 22), S. 555–600.

Die Effektivität des antikommunistischen Feldzugs garantierten drei signifikante Machtpole der griechischen Nachkriegsgesellschaft. Der erste war das Königshaus. Der griechische König war gemäß der Verfassung von 1952 mit weitreichenden legislativen und exekutiven Machtbefugnissen ausgestattet. Das Königshaus sah sich seit dem Bürgerkrieg dazu berufen, den inneren Feind bzw. die kommunistische Gefahr aufzuspüren und im Keim zu ersticken. Dabei misstraute es sämtlichen Maßnahmen, die den antikommunistischen Charakter des Regimes infrage stellten.²⁶ Der zweite Machtfaktor war das sogenannte *Parakratos*, jener neben dem Staat existierende, mit ihm konkurrierende, aber auch mit ihm verfilzte Machtapparat, der im Untergrund die Verfolgung unerwünschter Personen jenseits der Legalität fortführte. Der dritte und vielleicht wichtigste Faktor aber war die US-Botschaft in Athen, die durch ihre Einmischung in die griechische Innenpolitik die Bindung Griechenlands an die »freie Welt« sicherte.²⁷ Im Dreieck Hof-Regierung-Armee herrschte, unter der Ägide Washingtons, das sich 1953 in Griechenland durch ein Abkommen Militärstützpunkte sicherte, weitgehend Konsens. Selbst die amerikanische Botschaft verwendete den Terminus »Heilige Dreifaltigkeit«, um den eigentlichen Regulator des griechischen politischen Lebens präzise zu definieren. Diese Dreifaltigkeit bestand aus dem König, dem amerikanischen Botschafter und dem jeweiligen Politiker, der gestützt auf die Hilfe der anderen zwei an die Macht zu kommen versuchte.²⁸

Die Entwicklung der griechischen Linken in den Fünfziger- und Sechzigerjahren ist durch die Bildung von zwei Machtzentren gekennzeichnet: Im Exil, in Bukarest, residierte die Exilführung der KKE, die sich immer mehr von den politischen Entwicklungen in Griechenland entfremdete. Das zweite Machtzentrum befand sich in Griechenland und bestand aus den Kommunisten, die aus dem Untergrund heraus agierten. Sie fanden größtenteils politische Zuflucht in der Partei der Vereinigten Demokratischen Linken (*Eniea Dimokratiki Aristera*, EDA). Die EDA war ein von gemäßigten Sozialisten gegründetes lockeres Wahlbündnis, das sich rasch zu einer Sammelbewegung aller linken und progressiven Kräfte entwickelte. Die EDA, die ebenfalls Beziehungen zum Ostblock unterhielt, bildete ein Gegengewicht zur antikommunistischen Politik der Nachkriegsregierungen und zu allen Auswüchsen des Kalten Krieges wie dem *Parakratos*, wurde jedoch schnell zum Vehikel der Exilführung der KKE, die dadurch ihre illegale Aktivität in Griechenland allmählich zu legalisieren suchte.²⁹

26 Siehe Meletis Meletopoulos: *I Ideologia tou dexiou Kratous 1949–67* [Die Ideologie des rechten Staates], Athen 1993, S. 55–83.

27 Dies räumen mittlerweile selbst amerikanische Diplomaten ein, wobei sie diesen Umstand auf die Rolle der CIA zurückführen. Siehe dazu Association for Diplomatic Studies and Training Foreign Affairs Oral History Program. Interviews with: Herbert Daniel Brewster: 1940–1942 Clerk, Athens, 1946 Election Observer, City Unspecified, Greece 1947–1952 ECA Officer, Athens 1961–1965 Political Counselor, Athens, 1966–1969 Greek Desk, Washington, DC and Archer K. Blood: 1947–1949 Consul, Thessaloniki, 1950–1952, Political Officer, Athens, 1968–1970 Political Officer, Athens, in: The Library of Congress, <http://memory.loc.gov/ammem/collections/diplomacy/about.html>, ges. am 18. Oktober 2010.

28 Siehe Alexis Papachelas: *O Viasmos tis Ellinikis Dimokratias* [Die Vergewaltigung der griechischen Republik], Athen 2000, S. 18.

29 Siehe Leonidas Kyrkos: *Anatreptika* [Unkonventionell], Athen 1995, S. 165 f.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Berlin, 10. Juli 1959, Sporthalle in der Stalinallee: Tausende Berliner haben sich zu einer Protestkundgebung für Manolis Glezos, einen Abgeordneten der EDA, der im Dezember 1958 wegen Spionage verurteilt worden ist und seitdem in Haft sitzt, versammelt.

Dies wiederum sollte sich später als große Schwäche erweisen: Einerseits erhob die Exilführung dadurch ihren Hegemonieanspruch über die gesamte Organisation der EDA, andererseits konnte aber die antikommunistische Rhetorik der Regierung gegen die EDA aktiv werden. Angesichts des Umstands, dass die EDA eine Reaktion auf das ganze politische System der neugriechischen Gesellschaft war, bemühten sich die Staatsbehörden immer wieder, Anknüpfungspunkte zu finden, um die Verbindung der legalen EDA mit der verbotenen KKE zu entlarven.³⁰

Dennoch erlebte die EDA einen rasanten Zuwachs an Mitgliedern und vor allem an Wählern. Bereits 1951, bei ihrer ersten Teilnahme an Wahlen, errang sie rund zehn Prozent der abgegebenen Stimmen und damit zehn Parlamentssitze. Bei den Wahlen von 1952 hielt sie zwar ihren Prozentanteil, erlangte jedoch wegen des Mehrheitswahlsystems keinen Sitz. 1956 gelang es der EDA politisch »salonfähig« zu werden, indem sie sich an einem Wahlbündnis der Opposition mit der Volkspartei und einigen Parteien des Zentrums beteiligte, wodurch sie 18 von 300 Parlamentssitzen errang. Die EDA hatte es fünf Jahre nach ihrer Gründung geschafft, ihre Isolierung zu durchbrechen und zu einer maßgeblichen politischen Kraft zu werden.

30 Siehe Grigoris Farakos: *Martyries kai Stochasmoi 1941–1991* [Aussagen und Überlegungen], Athen 1993, S. 106–108.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Freiheit für Manolis Glezos und seine Kameraden fordern am 25. Juli 1959 über 200 Journalisten im Rahmen eines Protestmarsches quer durch die Dresdner Innenstadt. Ende 1962 wird Glezos aufgrund der Proteste gegen seine Inhaftierung freigelassen.

Darüber hinaus vermochte diese linke Partei, die lediglich auf sieben Jahre politische Erfahrung zurückblicken konnte, 1958, kaum neun Jahre nach der Niederlage der Kommunisten im Bürgerkrieg, einen neuen Machtkampf in Griechenland zu eröffnen. Aus den Wahlen dieses Jahres ging die EDA aufgrund eines halbproportionalen Wahlsystems mit 25 Prozent der Stimmen und damit 79 Abgeordneten als stärkste Oppositionspartei Griechenlands hervor. Dieser Erfolg erschütterte das politische Establishment der damaligen Zeit, da eine kommunistische Übernahme der Macht in Griechenland diesmal auf demokratisch legitimierte Weise drohte. Der Königshof, die Armee, die griechische Regierung und die CIA wurden durch dieses Wahlergebnis in Alarmstimmung versetzt und fingen eifrig an, Pläne zur Eindämmung der kommunistischen Bedrohung zu schmieden.³¹

Der Antikommunismus als außenpolitisches Druckmittel

Die innerstaatliche Feinderklärung diente jedoch nicht nur der politischen Selbstbehauptung der bürgerlichen politischen Elite, sondern bestimmten außenpolitischen Zwecken, die wie-

³¹ Siehe Papachelas: O Viasmos (Anm. 28), S. 60–66.

derum mit der Bekämpfung des inneren Feindes assoziiert waren. Der mühsam errungene Sieg über die Kommunisten schützte Griechenland zwar vor einem totalitären Regime oder vor einer Abspaltung des griechischen Nordens vom griechischen Territorium, befreite das bürgerliche Lager aber nicht von den existenziellen Bedrohungsgefühlen vor einem sich anbahnenden Angriff der kommunistischen Nachbarstaaten, zumal die Exilregierung der KKE keine Gelegenheit ausließ, ihre Bereitschaft für einen neuerlichen Bürgerkrieg kundzutun. Aus diesem Grund kühlten sich die Beziehungen Griechenlands nach dem Zweiten Weltkrieg zu allen kommunistischen Staaten ab. Eine Ausnahme bildete das Moskau-abtrünnige Jugoslawien, mit dem es 1950 zu einer Wiederannäherung kam.

Vor diesem Hintergrund konzentrierte sich die Sicherheits- und Außenpolitik Griechenlands auf ein einziges Ziel: einem westlichen Verteidigungsbündnis beizutreten, das die territoriale Integrität des Staates gewährleisten könnte. Alle Nachkriegsregierungen Griechenlands verfolgten fortan das ehrgeizige Unterfangen, sämtliche westlichen Staaten davon zu überzeugen, Griechenland im Rahmen der Ost-West-Konfrontation als den Vorposten der westlichen Zivilisation und Demokratie gegen die kommunistische Barbarei und Aggression zu betrachten.³²

Griechische Diplomaten sowie der griechische Außenminister selbst absolvierten von 1948 bis 1951 mehrere Hundert offizielle und inoffizielle Besuche in den meisten europäischen Ländern, bei denen sie die militärische Verwundbarkeit des griechischen Staates gegenüber den kommunistischen Nachbarn aber auch der Sowjetunion versuchten zu veranschaulichen. Gemeinsam mit den anderen Ländern des sogenannten Northern Tier, d. h. insbesondere mit der Türkei, Pakistan und dem Iran, die, nach der Terminologie des Pentagons dem sowjetischen Expansionismus ausgesetzt waren, bemühten sie sich mit Nachdruck entweder Sicherheitsgarantien oder eine Verpflichtung seitens der anderen westlichen Staaten zu erreichen, Mitglieder eines Militärpaktes zu werden.³³

Da nach dem Zweiten Weltkrieg etliche Militärbündnisse in Europa geschmiedet wurden, galt das Interesse Athens jedes Mal einem anderen Pakt, vorausgesetzt dieser hatte einen bipolaren Charakter und richtete sich gegen einen eventuellen Angriff der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten. Anfänglich strebte Athen einen Eintritt in die Westunion an. Da sich dies aber sehr schnell als illusorisch erwies, unternahm es den Versuch, die westeuropäischen und die Mittelmeerländer dazu zu bewegen, einen Mittelmeerpakt ins Leben zu rufen, der Griechenland einschloss. Nachdem auch dieser Versuch fehlgeschlagen war, wendete man

32 Siehe Istoriko Archeio tou Ypourgeiou Exoterikon: Kentriki Iperisia/Historisches Archiv des Griechischen Außenministeriums: Zentralverwaltung (im Folgenden: HAGA): Akte 84, Unterakte 1/4, (Streng geheim) »67., 68., 69. Sitzung des Komitees für externe Fragen, März 1949« und Akte 69, Unterakte 5/1, Bericht der griechischen Botschaft in London, Protokoll Nr. 24286 vom 28. Februar 1949.

33 Siehe HAGA: Akte 69, Unterakte 5/1, »Streng geheimer Bericht vom Militär-Attaché in der griechischen Botschaft in Washington, Obristen Gika, 24. März 1948« und »Anweisungen des griechischen Ministeriums an die griechischen Botschaften in London, Paris, Rom, Den Haag, Ankara, Brüssel 29/7/1948« sowie Akte 84, Unterakte 1/4, »Tätigkeitsbericht über das Treffen von Tsaldaris mit dem Außenminister von Italien Graf Sforza, 14. März 1948« und Foreign Office, 371/78329, »Dispatch No. 66 from Canadian Embassy of Ankara to the Secretary of State for external Affairs in Ottawa«, 2–3–1949. (Top Secret).

sich in Athen verzweifelt den NATO-Gründungsmitgliedern zu mit dem Ziel, ihre Zustimmung für einen Beitritt Griechenlands in den Nordatlantischen Pakt zu erhalten.³⁴

Doch weder ein westeuropäisches Land noch die Vereinigten Staaten waren gewillt, die amerikanische Militärhilfe und den für Westeuropa gedachten Verteidigungsschutz so weit nach Süden zu erweitern. Die Eingliederung Griechenlands sowie der Türkei barg ferner die Gefahr, dass die Sowjets diesen Akt als eine Provokation und einen Umkreisungsversuch des Westens gegen die Sowjetunion betrachten würden.³⁵ In diesem Zusammenhang entfaltete sich in Griechenland, der Türkei und im Iran eine Strategie, die vorhandene kommunistische Bedrohung dem Westen gegenüber stärker deutlich zu machen. Aus den vorhandenen Archivalien lässt sich erkennen, dass sowohl die Regierung Griechenlands als auch der Türkei und des Iran in Teilen die real existierende kommunistische Bedrohung überbewerteten. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass sie davon überzeugt waren, dass dies der einzige Weg zur Erfüllung ihrer außenpolitischen Zwecke war.³⁶

Mit der Zuspitzung des Kalten Krieges und infolge des militärischen Konflikts in Ostasien kehrten sich diese Verhältnisse um. Nun rückten in der amerikanischen Außenpolitik zusehends Sicherheitsüberlegungen in den Vordergrund, im Rahmen derer die geostrategische Position Griechenlands aufgewertet wurde. Die durch Moskau unterstützte Intervention Chinas in den Koreakrieg, weckte Befürchtungen im State Department, das Stalin im Falle einer angestrebten militärischen Konfrontation in Europa, wahrscheinlich im am wenigsten geschützten Balkanraum, eine zweite Front gegen die westliche Allianz eröffnen würde. Dann könnten die Griechen bestimmte Aufgaben innerhalb des Nordatlantikpaktes übernehmen. Dazu zählten vor allem die Verteidigung der Nordgrenze, die Wahrung des strategischen Zusammenhalts zwischen Italien, Griechenland und der Türkei, die Verhinderung einer Isolierung der ebenfalls von den Sowjets bedrohten Türkei sowie die Überwachung und Kontrolle des östlichen Mittelmeers.³⁷

Im Lichte dieser Entwicklungen erhielt die Frage des Beitritts Griechenlands und der Türkei zur NATO neue Dringlichkeit. Die Truman-Administration, die bislang keine konkreten Pläne für die sicherheitspolitische Konsolidierung des Northern Tier ausgearbeitet hatte, konzentrierte sich jetzt auf die Integration Griechenlands und der Türkei in das Sicherheitssystem Westeuropas.³⁸

34 Siehe HAGA: Akte 89, Unterakte 2, Bericht der griechischen Botschaft in Lissabon (ohne Datum); Akte 88, Unterakte 5/1, Telegramm des griechischen Ministeriums an griechische Botschaften im Ausland vom 18. April 1949; Akte 69, Unterakte 5/1, Telegramm der griechischen Botschaft in Paris vom 28. April 1949; Akte 69, Unterakte 5/1, Telegramm der griechischen Botschaft in den USA vom 8. November 1949; Akte 88, Unterakte 5/2; Akte 44, Unterakte 2, Telegramm der griechischen Botschaft in Ankara vom 4. Januar 1949 und 30. Dezember 1949.

35 Siehe Foreign Office Archive in Public Record Office/The National Archives, London: 371/78329, (Southern General), Report to Sir Gladwyn Jebb vom 11. März 1949.

36 Siehe HAGA: Akte 88, Unterakte 5/1, Telegramm der griechischen Botschaft im Iran vom 11. April 1949. Es wird ausführlich über eine Unterredung zwischen hochrangigen Diplomaten berichtet.

37 Siehe Carolyn Eisenberg: The Cold War in Europe, in: Jean-Christophe Agnew/Roy Rosenzweig (Hg.): A Companion to Post-1945 America, Malden-Oxford 2006, S. 406–425.

38 Siehe Konstantina Botsiou: Griechenlands Weg nach Europa. Von der Truman-Doktrin bis zur Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1947–1961, Frankfurt a. M. u. a. 1999.

Trotz erheblichen Widerstands seitens der meisten westeuropäischen Länder gelang es den USA auf der Sitzung des Atlantikrates der NATO im Oktober 1951 in Ottawa, die Aufnahme Griechenlands und der Türkei in die Allianz durchzusetzen. Damit Dänemark, Norwegen, Island und Portugal der Aufnahme zustimmen konnten, wurde ihnen zugesichert, dass die Regelung, wonach der Angriff eines Feindes auf einen NATO-Staat automatisch den Kriegsfall für alle anderen auslösen sollte, im Falle Griechenlands und der Türkei einen aktiven Beistand bedeuten würde.³⁹

Trotz des positiven Ausgangs dieser für das bürgerliche Lager existenziellen Frage, unterließ es die politische Elite des Landes nicht, den Westen auf die interne und externe kommunistische Bedrohung aufmerksam zu machen, um sich in erster Linie noch mehr Hilfe und weitere Zugeständnisse von den NATO-Partnern zu sichern.⁴⁰ Darüber hinaus zielte dieses Vorgehen darauf ab, die militärischen US-Missionen in Griechenland dazu zu bewegen, sich an der Bewältigung der »Roten Gefahr aus dem Norden«, d. h. der Sicherung der nördlichen Grenze Griechenlands zu beteiligen. Im Rahmen der NATO-Planungen herrschte die Ansicht vor, dass die etwa 1215 Kilometer lange griechische Grenze zu Albanien, Jugoslawien und Bulgarien nicht durch die griechischen Streitkräfte zu verteidigen sei. Deshalb wollte man die Bildung einer dazu geeigneten Armee vorantreiben, die einen eventuellen Angriff aus dem Norden aufhalten sollte, bevor stärkere Einheiten zum Einsatz bereit wären. Dies setzte jedoch das permanente und rege Interesse Washingtons an innergriechischen Angelegenheiten voraus.⁴¹

Die Nebenwirkungen des Antikommunismus

Was den Nachteil des Antikommunismus der Fünfzigerjahre ausmachte, der den Ausbau einer echten pluralistischen Demokratie unter strenger Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien verhindert hatte, sollte sich im darauf folgenden Jahrzehnt zum Vorteil wenden. In den Sechzigerjahren wurde die griechische Politik von tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Geschehnissen erschüttert. Der aufsehenerregende Wahlerfolg der EDA im Jahre 1958 hatte, wie bereits erwähnt, die »national gesinnten« Politiker in Alarmstimmung versetzt. Ihre Reaktion offenbarte sich schließlich bei den Wahlen von 1961, die offensichtlich zugunsten der konservativen regierenden Partei und zulasten sowohl der kryptokommunistischen EDA als auch der gemäßigten politischen Kräfte manipuliert wurden. Die Beschwörung der kommunistischen Gefahr richtete sich nicht nur gegen die EDA, sondern erfasste

39 Siehe Foreign Office Archive in Public Record Office/The National Archives, London: 371/96551: »Telegrams of the British Deputy on the NATO from Ottawa to Foreign Office 18 September 1951« und 371/96551: »Telegram of the British Deputy on the NATO from Ottawa to Foreign Office 19 September 1951« und 371/96552: »Telegrams from the British Embassy in Washington to Foreign Office 20 and 26 September 1951«.

40 Siehe Archives of Dwight Eisenhower Library: Lauris Norstad (SACEUR der NATO) Papers, Box 49: Telegrams, Athens to Paris for Stoessel re military assistance for Greece (May and June 1962).

41 Siehe Evanthis Hatzivasilou: Sta Synora ton Dyo Kosmon. I Ellada kai o Psychros Polemos 1952–1967 [Zwischen beiden Welten. Griechenland und der Kalte Krieg 1952–1967], Athen 2008, S. 212–225.

auch die neue Zentrumsunion-Partei (*Enosis Kendrou*), eine Gruppierung, deren Spektrum von rechten Dissidenten bis zu früheren Anhängern der EDA und der KKE reichte. Nach einem geheimen Plan mit dem Codenamen *Periklis* sollen massive Eingriffe der Armee, des *Parakratos* und der Polizei das Wahlergebnis erheblich verfälscht haben. Die EDA büßte zehn Prozent der Stimmen ein und errang lediglich 24 Parlamentssitze. Die damals besonders populäre Zentrumsunion kam nur auf ein Drittel der insgesamt abgegebenen Stimmen und 100 Parlamentssitze.⁴²

Die Opposition konnte sich nicht nur auf den sich nach den Wahlen immer weiter erhärtenden Verdacht der Fälschung, sondern auf eine sich zunehmend politisierende neue Generation stützen. Sofort nach den Wahlen organisierte die gesamte Opposition eine massive und breit angelegte Antiregierungskampagne. Mit Streiks und Massendemonstrationen sollte die seit 1955 amtierende Regierung zum Rücktritt gezwungen werden. Dies erwies sich schnell als wirkungsvolle Taktik: Gestützt auf eine beeindruckende Volksbewegung vermochte die Zentrumsunion in den nächsten drei Jahren die immanenten Schwächen des politischen Systems auszunutzen und die Partei als eine Alternative zwischen den Linken und den Rechten zu etablieren. Nach zwei kurz aufeinanderfolgenden Wahlen gelang es dieser breiten, heterogenen politischen Allianz 1964 mit stillschweigender Unterstützung der EDA an die Macht zu kommen. Die Ermordung eines EDA-Abgeordneten, des Arztes Grigoris Lambrakis, im Jahr 1963 in Thessaloniki durch eine parastaatliche Organisation, die zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Konstantin Kramanlis führte, bereitete den Boden für eine Erneuerung des politischen Personals.⁴³

Die neue Regierung läutete tatsächlich einen Demokratisierungsprozess im Lande ein. Sie entließ einige politische Gefangene, die immer noch wegen ihrer Aktivität während des Bürgerkriegs inhaftiert waren, sie modernisierte das Schulsystem und ermöglichte eine begrenzte Repratriierung politischer Emigranten, darunter auch einiger in der Zeit des Bürgerkriegs in den Ostblock ausgesiedelter Kinder. Auf außenpolitischem Gebiet beanspruchte die Zentrumsunion unter dem Druck ihres linken Flügels eine aktivere Rolle innerhalb der NATO und ein eher auf der Basis der Gleichberechtigung zu führendes Verhältnis zu den USA. Im Einklang mit der außenpolitischen Doktrin des neuen Ministerpräsidenten Georgios Papandreou intensivierte die Zentrumsunion die bestehenden Kontakte zum Osten. Es gelang ihr in Ansätzen, das Eis in den Beziehungen zu den Ostblockstaaten zu brechen.

In diesen Reformbestrebungen sah aber das damalige Establishment, d. h. Königshaus und amerikanische Botschaft, eine Art Trojanisches Pferd, das die Fundamente der Gesellschaft erschüttern und der größten nationalen Bedrohung, den Kommunisten, das Tor zur Macht öffnen würde. Dies allein genügte ihm, um der Ära der neuen Regierung ein Ende zu setzen. Eine Kontroverse zwischen der Regierung und dem neuen, unerfahrenen König Konstantin II. über die traditionell dem Hof zustehende Kontrolle der Armee im Jahr 1965 lieferte den Anlass für einen provozierten Verfassungsbruch seitens der Krone. Unterstützt durch die amerikanische Botschaft, die geschickt die zentrifugalen Tendenzen der Zentrumsunion

42 Ilias Nikolakopoulos: *Kommata kai Vouleftikes Ekloges stin Ellada 1946–1964* [Parteien und Parlamentswahlen in Griechenland], Athen 1985, S. 255–281.

43 Siehe David Close: *I klironomia* [Das Erbe], in: ders. (Hg.): *O ellinikos emfylios polemos, 1943–1950. Meletes gia tin polosi* [Der griechische Bürgerkrieg. Studien zur Polarisierung], 3. Aufl. Athen 2000, S. 280 f.

auszunutzen wusste, brachte das Königshaus die Regierungsarbeit auf schöne Weise zum Erliegen. Am 15. Juli 1965 musste der legitime Ministerpräsident Griechenlands, Papandreu, zurücktreten.⁴⁴

Damit hatte der königliche Hof sein Ziel erreicht, was sich jedoch schon bald als fataler Fehler erweisen sollte. Die durch Intrigen und Machenschaften der Krone gebildeten Regierungen, die sich aus Konservativen und Abtrünnigen der Zentrumsunion zusammensetzten, konnten zwar nach wiederholten Bemühungen das Vertrauensvotum im Parlament erhalten, entpuppten sich aber ansonsten als unfähig, die mit dem Rücktritt der gewählten Regierung ausgelöste politische Krise zu bewältigen. Bestimmte Cliquen der Armee, die sich als Hüter nationaler Werte gegenüber der nunmehr schwindenden inneren und äußeren kommunistischen Gefahr betrachteten,⁴⁵ sahen im häufigen Regierungswechsel den Anfang eines Werteverfalls und erachteten die Systemkrise als Ergebnis einer kommunistischen Verschwörung.⁴⁶

In der Nacht vom 20. auf den 21. April 1967 riss eine aus Obristen bestehende Gruppe von Verschwörern durch einen gut geplanten und effektiv durchgeführten Staatsstreich die Macht an sich. Damit begann in Griechenland eine siebenjährige Militärdiktatur.

Durch die institutionalisierte Kommunismusbekämpfung in den zwei Jahrzehnten zuvor war es zwar gelungen, den griechischen Staat vor einer kommunistischen Machtübernahme zu schützen, ihn in das freie, westliche Bündnis einzugliedern und seine Sicherheit auf Jahre hinaus zu gewährleisten. Gleichzeitig war dabei aber auch die Macht jener politischen Kräfte gewachsen, die eine politische Ordnung anstrebten, die keine Art von Heterodoxie und politischem Pluralismus duldete.⁴⁷ Das »rechtsstaatliche« Vakuum in der neugriechischen politischen Kultur hatte das Überdauern von autoritären, obrigkeitsstaatlichen Prinzipien als imperatives Gebot staatlicher Organe ermöglicht. Die Tatsache, dass rechtsstaatliche Normen und Strukturen im politischen Alltagsleben in Griechenland fehlten, rächte sich nun. Weder waren staatliche Herrschaft noch die demokratischen Prinzipien in einer Form erfahrbar gewesen, in der Toleranzkriterien benannt und »Leidensschwelle« etabliert werden konnten, hinter die das staatliche Handeln nicht zurückfallen durfte.⁴⁸

Die Militärgeneräle hatten ihre militärische Laufbahn im Bürgerkrieg begonnen und waren gefürchtet, weil sie Kommunisten auf die Deportationsinsel Makronissos verbannt hatten, eine Praxis, der sie erneut und beharrlich bis 1974 nachgingen.

44 Siehe Mogens Pelt: *O rolos tou Vasilias apo tin kirixi tou anendotou eos to praxikopima ton sintagmatarchon* [Die Rolle des Königs vom nachgiebigen Kampf bis zum Coup d'Etat der Obristen], in: Manolis Vasilakis (Hg.): *Apo ton Anendoto sti Diktatoria* [Vom nachgiebigen Kampf zur Diktatur], Athen 2009, S. 110–128.

45 Dies bestätigte der damalige Ministerpräsident Griechenlands, Panagiotis Kanellopoulos, bei seiner Aussage im Prozess gegen die Obristen nach dem Sturz der Militärjunta im Jahre 1975. Siehe *Oi dikes tis Hountas* [Die Prozesse über die Militärjunta], hg. von der Zeitung *Eleftherotypia*, April 2010, S. 20.

46 Siehe Papadimitriou: *Apo to lao* (Anm. 13), S. 285–293.

47 Es ist charakteristisch, dass selbst diejenigen Armeeeoffiziere, die sich gegen die Putschisten sträubten, in ihren Berichten an den NATO-Zentralstab den Obristen attestierten, die ehrliche Absicht zu haben, eine real existierende kommunistische äußere und innere Gefahr bekämpfen zu wollen. Siehe dazu *Archives of Dwight Eisenhower Library: Lauris Norstad (SACEUR der NATO) Papers, Box 129: Vidalis's Personal and Confidential Report for General Norstad* (13. Dezember 1968).

48 Siehe Nikolaus Wenturis: *Griechenland und die EG. Die sozialpolitischen Rahmenbedingungen griechischer Europapolitiken*, Tübingen 1990, S. 28.

Der Weg zur nationalen Versöhnung

Der Sturz der Militärjunta im Jahre 1974 zog die Legalisierung der kommunistischen Parteien nach sich. Die linken Parteien etablierten sich in der griechischen Parteienlandschaft, akzeptierten die bestehende demokratische Ordnung, distanzieren sich allmählich von den konspirativen Praktiken der Vergangenheit und wurden sukzessive zu einem integralen Teil des griechischen politischen Establishments. Eine Reihe von Umformungen auf der kulturellen und intellektuellen Ebene ermöglichte und beschleunigte diese Entwicklung.⁴⁹

Die Wiederherstellung der Demokratie zog auch die Rückkehr vieler linker Künstler und Intellektueller, wie z. B. Melina Merkouri und Mikis Theodorakis nach sich.⁵⁰ Da sie während der Junta hauptsächlich im Ausland einen erfolgreichen Widerstand gegen das Athener Regime angeführt hatten, wurden sie zu Symbolfiguren der neugriechischen Kultur. Dies verhalf dem kommunistischen Gedankengut wiederum zu einem mächtigen Imagegewinn. Schrittweise erlangten kulturelle Manifestationen linker Färbung in Griechenland hegemoniale Züge, da sie mit dem Widerstand in Verbindung gebracht wurden, während die traditionellen Kulturformen, die in der Zeit der Junta weiter gepflegt worden waren, als rückständig und reaktionär galten.⁵¹

Zur Verbreitung des kommunistischen Gedankenguts trugen wesentlich die antiamerikanischen Ressentiments bei, die sich nach 1974 in das kollektive Gedächtnis der Griechen einprägten. Die Unterstützung oder zumindest die Duldung des Regimes der Obristen durch die USA sowie ihr Stillhalten bei der türkischen Invasion Zyperns im Sommer 1974 förderten den Antiamerikanismus auch in der letzten Bastion proamerikanischer Haltung in Griechenland, im bürgerlichen Lager. Viele politische Formationen, abgesehen von den Kommunisten, die traditionell antiokzidental eingestellt waren, fingen nach 1974 an, antiwestliche Ressentiments parteipolitisch aufzugreifen und sie programmatisch zu verarbeiten. Zur herrschenden politischen Kultur wurde der Antiamerikanismus indessen erst mit dem politischen Aufstieg der Sozialisten unter Andreas Papandreou, die ebenfalls ethnozentrische Reflexe gegen die Amerikaner und den Westen ideologisch konzeptualisierten und zum Zweck parteitaktischer Manöver in zynischer Weise instrumentalisierten.⁵²

1982 setzte die Regierung Papandreou, die die erste sozialistische Regierung Griechenlands war, die rechtliche Anerkennung des nationalen Widerstands der Linken gegen die Nazis durch, wodurch viele Linke Anspruch auf Ehrenrenten erhielten. Ferner konnten die

49 Siehe Stathis Kalyvas/Nikos Marantzidis: Greek Communism 1968–2001, in: *East European Politics and Societies* 16 (2002), H. 3, S. 670–674.

50 Siehe Hansgeorg Hermann: Mikis Theodorakis. *Der Rhythmus der Freiheit*, Berlin 2008, S. 214–235.

51 Siehe Nikos Marantzidis/Giorgos Antoniou: The Axis Occupation and Civil War: Changing Trends in Greek Historiography 1941–2002, in: *Journal of Peace Research* 41 (2004), S. 223–231 und Nikos Marantzidis: *Dimokratikos Stratos Elladas 1946–1949* [Demokratische Armee Griechenlands 1946–1949], Athen 2010, S. 15–28.

52 Siehe Soti Triantafyllou: Simeiotoma gia ton Antiamerikanismo stin Ellada [Notizen über den Antiamerikanismus in Griechenland], in: *Antiamerikanismos. Odigies Chriseos* [Antiamerikanismus. Gebrauchsanleitung], Athen 2002, S. 9–22.

meisten der noch im Exil in Osteuropa lebenden griechischen Kommunisten nach Griechenland zurückkehren.

Die geschichtsträchtigen Jahre 1989/90 prägten sich auch in das kollektive griechische Gedächtnis ein, da sie von der Bildung einer ungewöhnlichen Regierungskoalition aus Rechten und Linken gekennzeichnet waren. Aus den Parlamentswahlen vom Juni 1989 ging die konservative Partei Griechenlands Neue Demokratie (*Nea Dimokratia*) als klarer Sieger hervor. Wegen des neuen, größtenteils proportionalen Wahlsystems verfehlte sie jedoch die absolute Mehrheit der Sitze. Zum Regulator der politischen Entwicklungen rückte die Allianz der Linken und des Fortschritts (*Synaspismos tis Aristeras kai tis Proodou*) auf.

Dieses Wahlbündnis sämtlicher linker Kräfte war das Produkt eines Umdenkungsprozesses, der anlässlich der Perestroika-Politik Gorbatschows und der Demoralisierung der PASOK-Partei und -Regierung bereits einige Jahre zuvor eingesetzt hatte. Dieser Regierungseintritt der Linken vierzig Jahre nach dem Bürgerkrieg symbolisierte das Ende der innergriechischen Fehde und die volle Rehabilitierung der Linken. Beide Regierungsparteien nahmen das Postulat der nationalen Versöhnung in ihr Programm auf, wodurch die Wunden des Bürgerkriegs geheilt werden sollten. In der Nacht vom 8. auf den 9. Juli 1989 sprach das Parlament der Rechts-Links-Regierung das Vertrauen aus.

Im Rahmen ihrer Versöhnungspolitik wurden die Begriffe »nationaldenkende« Bürger und »Banditen« aus der offiziellen Sprachregelung verbannt sowie den linken Kämpfern Pensionsansprüche und andere Rechte auch für die Zeit des Bürgerkriegs zuerkannt.⁵³ Als anschließend auf Anordnung der Regierung alle Polizeiakten »staatsgefährdende Personen« betreffend verbrannt werden sollten und man 16 Millionen Dossiers zusammenzählte, wurde allen klar, welcher Methoden sich der »Staat der Sieger« 45 Jahre lang bedient hatte, um die innere Sicherheit zu gewährleisten und die kommunistische Bedrohung einzudämmen, und wie überfällig damit diese Versöhnung war.

53 Siehe Peter Siani-Davies/Stefanos Katsikas: National Reconciliation After Civil War: The Case of Greece, in: *Journal of Peace Research* 46 (2009), H. 4, S. 570–572.